

Kleinwaffen - eine weltweite Bedrohung

Tödliche Geschäfte

Kleinwaffen sind nicht die Ursache von Konflikten. Aber wo sie massenhaft und jederzeit zur Verfügung stehen wächst die Gefahr, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen werden oder sich verschärfen. Rund 600 Millionen Kleinwaffen gibt es weltweit. Neun von zehn Kriegsoptionen sterben heute durch Sturmgewehre, Maschinenpistolen oder andere Kleinwaffen. Denn in den heutigen Kriegen kämpfen nicht hochgerüstete Truppenverbände an klaren Fronten gegeneinander, sondern Rebellengruppen, Milizen und marodierende Banden. Es geht um die Macht im eigenen Staat, um politische Forderungen oder die Kontrolle über Gebiete mit Bodenschätzen. Die meisten Opfer sind Zivilisten. Kleinwaffen sind billig, unverwundlich, leicht zu transportieren und zu bedienen - kinderleicht. Zum traurigen Symbol der „neuen“ Kriege sind die Kindersoldaten geworden. Denn Kleinwaffen machen es möglich, dass schon Zehnjährige mit einem Gewehr wie der Kalaschnikow AK-47 das Töten lernen. Die internationale Gemeinschaft muss deshalb alles tun, um die Produktion und den Handel mit Kleinwaffen effektiv einzuschränken und die Entwaffnung in Krisenregionen voranzutreiben.

- Durch den Einsatz von Kleinwaffen kommen weltweit täglich über 1.300 Menschen ums Leben. In Entwicklungsländern starben zuletzt jährlich mindestens 300.000 Menschen in bewaffneten Konflikten - überwiegend durch Schüsse aus Kleinwaffen. Weitere 200.000 Menschen in den Industrieländern sterben durch Mord oder Selbstmord mit einer Kleinwaffe.
- In Kriegs- und Nachkriegssituationen werden Kinder durch Kleinwaffen zu Tätern: Sie müssen Maschinenpistolen oder Gewehre abfeuern - oft sogar gegen die eigene Familie oder Nachbarn. Viele sind noch Jahre nach ihrem Einsatz traumatisiert.
- Kleinwaffen sind überall: In den 80er Jahren und nach dem Ende des Kalten Krieges hat eine enorme Waffenflut viele Länder und Konfliktgebiete überschwemmt. Besonders verbreitet sind die automatischen Sturmgewehre: Weltweit sind 70 bis 100 Millionen russische AK-47 und rund sieben Millionen deutsche G-3-Gewehre im Einsatz.
- Kleinwaffen sind leicht und preisgünstig: In Uganda kostet ein AK-47-Gewehr soviel wie ein Huhn, in Angola soviel wie ein Sack Mais - etwa 15 US-Dollar. Das erleichtert ihre Verbreitung und macht sie zur idealen Ware für den illegalen Handel.
- 2001 beriefen die Vereinten Nationen erstmals eine Konferenz ein, um die Waffenflut unter Kontrolle zu bringen. Der in New York verabschiedete Aktionsplan blieb jedoch völkerrechtlich unverbindlich und wurde bisher nicht ausreichend umgesetzt.











Kleinwaffen - „perfekt“ für die Kriege von heute

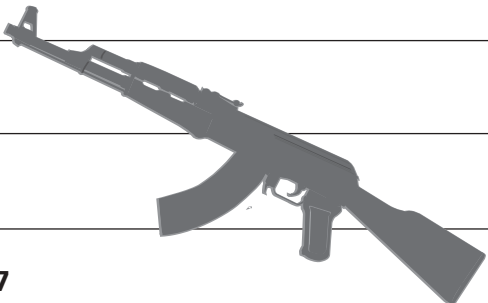
Die Abrüstungsdebatten der zurückliegenden Jahre konzentrierten sich stark auf schwere konventionelle Waffensysteme sowie das bedrohliche Arsenal an Atomwaffen und anderem hochentwickelten Kriegsgerät. Spätestens in den 90er Jahren sind jedoch Kleinwaffen zur eigentlichen Massenvernichtungswaffe geworden. Sie haben zugleich einer neuen Dimension von Gewalt den Weg geebnet. Relativ preisgünstig, leicht zu transportieren und zu verstecken, einfach zu bedienen und zu warten, lange einsatzfähig und bei alledem ein tödliches Instrument - diese Eigenschaften machen Kleinwaffen für die Kriege von heute attraktiv.

Denn der Krieg hat sein Gesicht verändert: Während die Zahl der großen bewaffneten Konflikte insgesamt rückläufig ist, stürzen viele kleinere Konflikte weite Regionen in Chaos und Gewalt. Immer öfter geht es um innerstaatliche Konflikte, um Machtverteilung oder die Sicherung von reichen Bodenschätzen und anderen Ressourcen. Bürgerkriege, Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen, Guerillakämpfe - das sind die Einsatzgebiete für Kleinwaffen. Diese Kriege unterscheiden nicht mehr zwischen kämpfenden Einheiten und Zivilbevölkerung. Die Kämpfenden und die Fronten sind ständig in Bewegung, die Parteien entziehen sich - wie in Somalia oder im Kongo - oft jeder Kontrolle. Diese Kriege sind nur mit leichten und billigen Waffen zu führen. Und auch abseits der direkten Kampfhandlungen erhoffen sich Menschen von ihrer Waffe häufig persönliche und wirtschaftliche Sicherheit sowie einen höheren Sozialstatus. In vielen Regionen ist es vor allem die Angst vor rechtlos ausgeübter Gewalt, die zur Bewaffnung der Zivilbevölkerung führt. Auch Gewalttraditionen wie Selbstjustiz oder Fehden können zu sich immer weiter verstärkender Selbstbewaffnung und so zu einem Mehr an Gewalt führen.

„Die Präsenz von Waffen stößt häufig einen Teufelskreis an, in dem die Gefahr von Angriffen und die Bewaffnung zur Selbstverteidigung sich gegenseitig aufschaukeln. Nach dem Krieg torpediert die Präsenz von Kleinwaffen Friedensabkommen, lässt die Kriminalität ansteigen und kann zum erneuten Ausbruch schwelender Konflikte führen.“

UN-Arbeitsgruppe der Regierungsexperten für Kleinwaffen

Produktion von Kleinwaffen		
Waffentyp	Herkunft	Produktionszahlen (seit 1945 in Millionen Stück)
Kalaschnikow Serie (Autom. Gewehr)	 Russland	 70-100
Uzi Serie (Maschinenpistole)	 Israel	 1-10
M 16 Serie (Autom. Gewehr)	 USA	 7
G 3 Serie (Autom. Gewehr)	 Deutschland	 7
FN FAL Serie (Gewehr)	 Belgien	 5-7
Quelle: Small Arms Survey, Vereinte Nationen		



Als so genannte Kleinwaffen gelten zum Beispiel Pistolen, Maschinenpistolen oder automatische Gewehre – alles Waffen, die von einer Person bedient werden können. Automatische Gewehre beispielsweise feuern bis zu 500 Schuss pro Minute ab. Leichte Waffen umfassen schwere Maschinengewehre sowie tragbare Luftabwehrraketen oder Antipanzergeschütze. Sie werden mitunter auf ein Fahrzeug montiert und benötigen zur Bedienung zwei bis drei Personen.

Kleinwaffen fordern junge Opfer

Durch den Einsatz von Kleinwaffen werden jedes Jahr Tausende Kinder getötet, Hunderttausende mehr sterben an den indirekten Kriegsfolgen. Die Feldherren der „modernen“ Kriege nehmen keine Rücksicht auf Kinder. Im Gegenteil: Kinder werden zur Zielscheibe gemacht. Sie werden gequält, verletzt, getötet. Maschinenpistolen, Gewehre, Granaten werden eingesetzt, um schreckliche Völkermorde wie im bosnischen Srebrenica zu begehen oder, wie zuletzt im westlichen Sudan, ganze Volksgruppen mit Gewalt zu vertreiben. Allein in den neunziger Jahren kamen zwei Millionen Jungen und Mädchen um, sechs Millionen wurden verletzt. UNICEF schätzt, dass in diesem Zeitraum über eine Million Kinder zu Waisen wurden oder von ihren Eltern getrennt wurden.

Die indirekten Folgen der Konflikte wirken sich auch noch lange nach dem Ende der Kämpfe aus: Krieg und Gewalt hinterlassen in den Seelen der Kinder tiefe Spuren. Die Folge sind oft Ängste, Lernschwierigkeiten oder Depressionen bis hin zu Selbstmordgedanken. Während eines Krieges und danach fehlt es oft an Mitteln für die soziale Entwicklung - mit dramatischen Folgen: Kinder sterben, weil es keine medizinische Versorgung gibt, weil in Krisengebieten wie dem Sudan Hungersnöte ausbrechen oder sauberes Wasser fehlt. Viele Kinder leiden noch Jahre nach einem Friedensschluss unter bleibenden Entwicklungsstörungen, verursacht durch Mangelernährung. Auch die Bildung leidet, weil im Krieg häufig viele Schulen zerstört und Lehrer getötet werden. Viele Kinder verpassen jahrelang den Unterricht. In vielen Konfliktgebieten führt die ständige Furcht vor bewaffneten Übergriffen zudem dazu, dass die Bauern ihre Felder nicht mehr bestellen.

Unter fehlender Versorgung leiden Kinder auch in Ländern, in denen Devisen bereits in Friedenszeiten eher für Waffen statt für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung ausgegeben werden. Nach einer Studie des Bonn International Centre for Conversion (BICC) besteht vor allem in Angola, Äthiopien, Bhutan, Burundi, Eritrea, Laos, Liberia, Mauretanien, Ruanda und im Sudan ein auffallendes Ungleichgewicht zwischen Militär- und Sozialausgaben.

Wo Waffen zum Alltag gehören, sinkt überdies oft die Hemmschwelle für Überfälle, Morde, Entführungen und Vergewaltigungen – die Sicherheit der Menschen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sind oft nachhaltig bedroht. Gerade in Konfliktzonen mit weitgehend zerfallenen staatlichen Strukturen werden Kleinwaffen oft zum Treibstoff für einen Teufelskreis aus bewaffneten Machtkämpfen, Banditentum und Bewaffnung zum Selbstschutz - das vom langen Bürgerkrieg zerrissene Somalia ist dafür ein trauriges Beispiel.

Kleinwaffen für kleine Hände – Kindersoldaten

Ohne kinderleicht zu bedienende Kleinwaffen wäre der Missbrauch von Kindern als Soldaten nicht möglich. Viele Kinder müssen selbst kämpfen und häufig direkt an der Front oder als Leibwache das größte Risiko eingehen - obwohl internationales Recht den Kampfeinsatz und die Zwangsrekrutierung von Kindern unter 18 Jahren klar verbietet. In den Truppen werden viele zudem als Koch oder Träger eingesetzt. Gerade die Mädchen erleiden oft über Jahre sexuellen Missbrauch, viele werden schwanger. Manche Kinder schließen sich den Milizen mehr oder weniger freiwillig an, weil sie sich zumindest regelmäßige Mahlzeiten erhoffen oder einem gewalttätigen Elternhaus entkommen wollen. Die Führer der bewaffneten Truppen nutzen kindlichen Abenteuerdrang oder den Wunsch, getötete Angehörige zu rächen, oft schamlos aus. Immer wieder werden Kinder auch entführt und mit Gewalt zum Töten gezwungen. Fluchtversuche bestrafen die Anführer meist grausam, bis hin zum sofortigen Erschießen. Viele ehemalige Kindersoldaten leiden noch jahrelang unter ihren seelischen Wunden – und unter denen, die sie anderen zugefügt haben. Weltweit schätzt UNICEF die Zahl der Kindersoldaten auf rund 250.000.

Stimmen zweier Kindersoldaten

„Die Rebellen haben nicht nur meinen Namen gestohlen, sondern auch meine Zukunft.“

„MG“ aus Sierra Leone. Er wurde als Zehnjähriger entführt und als „MG“ („Machine Gun“) in den Bürgerkrieg geschickt. Bis heute quälen ihn Alpträume und Schuldgefühle.

„Die Rebellen haben meinen Vater umgebracht. Deshalb freue ich mich, wenn es einen von ihnen erwischt. Ich mag es, zu töten.“

„MM“ aus Sierra Leone. Der 13-Jährige kämpft gern an vorderster Front: Er hat nie etwas anderes gelernt, als ein Gewehr zu bedienen.

Durch die Androhung von Gewalt und den Zwang, sogar eigene Familienmitglieder töten zu müssen, werden die Kinder an ihre Einheiten gebunden. Nach einiger Zeit prägt die Waffe ihr Selbstbild entscheidend. Die Kinder haben Waffengewalt als legitimes „Argument“ zur Konfliktlösung verinnerlicht. Besonders ehemalige Kindersoldaten sind oft so vom Krieg geprägt, dass ihnen der Weg zurück in ihre Heimat und in ein ziviles Leben schwer fällt. Ehemalige Nachbarn oder Freunde machen sie zudem oft voll für ihre erzwungenen Taten verantwortlich. So wurde „MG“ aus Sierra Leone beim Versuch der Rückkehr in sein Heimatdorf von aufgebrachten Dorfbewohnern fast gelyncht. Besonders schwer haben es die im Krieg missbrauchten und schwanger gewordenen Mädchen. Sie werden von der Gemeinschaft häufig wegen ihrer „Feindeskinder“ geächtet.



Dieses Bild zeichnete ein ehemaliger Kindersoldat aus Uganda in einem von UNICEF unterstützten Programm zur Traumabewältigung.

Gefahr auch für Kinder in den Industrieländern

Kleinwaffen prägen aber auch in Industrieländern und zu Friedenszeiten das Leben von Kindern und Jugendlichen mit - und gefährden es. Meldungen über bewaffnete Amokläufe von Jugendlichen und zunehmende Brutalität auch an deutschen Schulen sollten nicht dazu verleiten, die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen zu dramatisieren. Doch allein in den USA kamen im Jahr 2000 über 3.000 Kinder und Jugendliche durch Schüsse um – das sind pro Tag acht Kinder. In 45 Prozent aller amerikanischen Haushalte mit Kindern gibt es mindestens eine Schusswaffe. Die USA sind das Land mit den meisten Kleinwaffen in den Händen von Zivilisten. Etwa zwei Drittel aller Kleinwaffen weltweit sind in privatem Besitz.

In Lateinamerika haben sich nach dem Ende vieler Bürgerkriege bewaffnete Verbrechen zum größten Kleinwaffen-Problem entwickelt. Hier kommt es jedes Jahr zu rund 120.000 Morden - viele davon mit Kleinwaffen. Bei mehr als jeder vierten Gewalttat ist ein Kind oder Jugendlicher unter 19 Jahren das Opfer. Besonders in den Nachkriegsländern Lateinamerikas sind häufig noch große Mengen Kleinwaffen im Umlauf, die jetzt vor allem die Zivilbevölkerung bedrohen. Kinder und Jugendliche sind dabei zugleich Opfer und - beispielsweise als Mitglieder von Jugendgangs – auch Täter. Allein in Honduras, El Salvador, Nicaragua und Peru sind rund 50.000 Jugendliche in Gangs organisiert. In Rio de Janeiro kamen zwischen 1997 und 2000 fast 10.000 Menschen durch Feuerwaffen zu Tode - mehr als doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum in Kolumbien.

Um die Gewalt zu stoppen, sind neben einer Erziehung der Jugendlichen zu gewaltfreien Konfliktlösung vor allem striktere Waffenkontrollen notwendig. So ist der Waffenbesitz beispielsweise in den USA kaum reglementiert: Künftige Waffenbesitzer müssen so gut wie keine Anforderungen erfüllen und können ihre Waffe meist ohne jede Beschränkung weiterverkaufen.

Kleinwaffen - ein florierender Markt

Zu Produktion, Bestand und Lieferströmen von Kleinwaffen gibt es kaum exakte Daten – anders als bei größeren Waffensystemen. Die Zahl der Kleinwaffen-Schmieden und ihre regionale Verbreitung ist in den letzten Jahren vor allem durch die Vergabe von Lizenzen an Hersteller in Entwicklungsländern stark angestiegen. 2003 produzierten über 1.100 Firmen in 98 Ländern Kleinwaffen. Darunter sind mindestens 50 Entwicklungsländer. China, die Russische Föderation und die USA gehören zu den Hauptproduzenten. Der offizielle Kleinwaffenmarkt hatte im Jahr 2000 nach Schätzungen des Genfer Institute of International Studies ein jährliches Handelsvolumen von etwa vier Milliarden Dollar. Das Ausmaß des illegalen Handels ist schwer zu beziffern.

Produktion und Verkauf neuer Waffen sind ein noch vergleichsweise leicht zu überblickendes Element des Marktes. Doch spätestens seit den 80er Jahren haben riesige Mengen gebrauchter Kleinwaffen viele Regionen der Welt überschwemmt. Dies geht vor allem auf die Praxis im Kalten Krieg zurück, die jeweiligen Verbündeten in den Entwicklungsländern mit Kriegsgerät auszustatten - durch direkte Waffenlieferungen, aber auch durch die Vergabe von Lizenzen. Das deutsche G-3-Gewehr zum Beispiel wurde bis 1990 in 18 Staaten in Millionenaufgabe hergestellt. Diese Lizenzen aus den 60er und 70er Jahren bezogen sich ursprünglich nur auf die Produktion für die eigene Armee. Viele Lizenznehmer durften ihre Waffenschmieden jedoch nach Ablauf von zehn oder 15 Jahren auch für den Export nutzen.

Den undurchsichtigen Markt mit gebrauchtem Kriegsgerät beherrschen zunehmend private Händler, internationale Makler und Lieferanten. Eine der schillerndsten Figuren des internationalen Waffenhandels ist der Tadschike Victor Bout. In den Vereinigten Arabischen Emiraten unterhält er unter dem Namen Air Cess eine gut ausgestattete Luftflotte aus russischer Produktion. Von dort aus tauchte er in vielen afrikanischen Kriegen immer wieder als mutmaßlicher Waffenlieferant und Embargobrecher auf. Waffenhändlern wie Bout erleichtern häufig gute Kontakte zu den Machthabern die Arbeit - und die Tatsache, dass der afrikanische Luftraum kaum überwacht wird.

Die schiere Menge vorhandener Waffen, mangelnde Kontrollen, eine unvollständige Entwaffnung und Waffenvernichtung nach Kriegsende, Korruption und wirtschaftliche Not von Truppenangehörigen - all diese Faktoren sind mitverantwortlich dafür, dass Millionen Kleinwaffen, die zunächst legal an eine Regierung verkauft werden, schließlich in illegalen Kanälen landen. Häufig dient den Kriegsherren dabei die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen als Finanzierungsquelle für ihre Waffen. So waren in den Konfliktgebieten Angola, Sierra Leone und im Kongo rohstoffreiche Enklaven wie Diamantenfelder, Ölvorkommen oder wertvolle Holzbestände besonders umkämpft. Häufig war der Kampf um wertvolle Rohstoffe sogar der Hauptmotor für die jahrelang andauernden Kämpfe. Der Drogenhandel ist - wie im Fall Kolumbien - eine weitere Quelle, um Waffen zu finanzieren und Streitkräfte auszurüsten.

Kleinwaffen „made in Germany“

Das größte Volumen bei den deutschen Rüstungsexporten nehmen Großwaffensysteme wie Schiffe ein. Doch Deutschland spielt seit Jahren auch eine bedeutende Rolle auf dem Kleinwaffenmarkt - besonders aufgrund der millionenfachen Produktion des Gewehrs G 3 aus der Waffenschmiede Heckler und Koch im württembergischen Oberndorf. In der Vergangenheit hat Deutschland lange auf das Instrument der Lizenzproduktion zurückgegriffen, um auch Kleinwaffen wie das G 3 international zu verbreiten. Als indirekte Folge dieser Lizenzen sind deutsche Waffen auch in Länder gelangt, für die die deutsche Regierung und ihre Partner vermutlich keine direkten Exportgenehmigungen erteilt hätten. So kamen nach Angaben der Gesellschaft für bedrohte Völker in der sudanesischen Krisenprovinz Darfur auch Kleinwaffen aus deutscher Lizenzproduktion zum Einsatz. Ganze Produktionsstätten und Werkzeugmaschinen deutscher Herkunft, etwa zum Befüllen der Munition, finden sich in aller Welt.

Vernichtung von G-3-Gewehren durch die Bundeswehr

Die Bundeswehr selbst hat begonnen, veraltete G-3-Sturmgewehre aus ihren Beständen zu vernichten. Möglich wurde dies durch Umstrukturierungen und die Einführung neuer Waffen. Sie sollen bis zum Jahr 2007 über 400.000 Sturmgewehre des Typs G 3 überflüssig machen. Während Altwaffen früher häufig an NATO-Partner wie die Türkei verkauft oder sogar verschenkt wurden, sollen diese Bestände vollständig verschrottet werden. Bis Ende 2005 waren bereits 360.000 G-3-Gewehre zerstört. UNICEF und BICC haben den Start dieser Verschrottungsaktion begleitet. Zwischen 1990 und 2001 waren nach Angaben des Verteidigungsministeriums bereits 500.000 Waffen aus Beständen der Bundeswehr und mehr als 900.000 Waffen der ehemaligen Nationalen Volksarmee vernichtet worden.

Die tödliche „Familie“ der Kleinwaffen und leichten Waffen



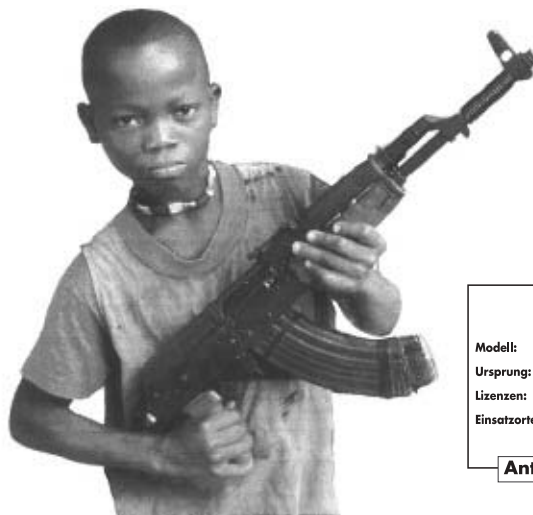

Modell: Bren Kal. 7,62 mm
Ursprung: Großbritannien
Lizenzen: Kanada, Indien
Einsatzorte: Indien, Europa, Afrika, Ferner Osten

Maschinengewehre



Modell: RPG-7V Kal. 40 mm
Ursprung: GUS (Ex-UdSSR)
Lizenzen: Ägypten, Bulgarien, China, Iran
Einsatzorte: Iran, Irak, Pakistan, Rumänien, Ex-Jugoslawien

Granatwerfer

Modell: PMN 2
Ursprung: GUS (Ex-UdSSR)
Lizenzen: Keine
Einsatzorte: Weltweit, speziell: Afrika, Naher Osten, Golfregion, Südostasien

Antipersonenminen



Modell: HK MP5 Kal. 9 mm	Scorpion Kal. 7,65 mm	AK-47 Kal. 7,65 mm
Ursprung: Deutschland	Ex-CSSR	GUS (Ex-UdSSR)
Lizenzen: Griechenland, Iran, Mexiko, Pakistan, Türkei, England, USA	Ex-Jugoslawien	Ägypten, Bulgarien, Ex-DDR, China, Finnland, Irak, Nordkorea, Ex-Jugoslawien, Polen, Rumänien, Ungarn,
Einsatzorte: Weltweit	Europa, Afrika, Mittlerer Osten	Weltweit

Maschinenpistolen und automatische Gewehre



Modell: Tokarev 33 7,62 mm	Walter PP 7,65 mm
Ursprung: GUS (Ex-UdSSR)	Deutschland
Lizenzen: China, Ungarn	Frankreich, Türkei, Ungarn
Einsatzorte: Weltweit, speziell: Südostasien, Afrika	Weltweit

Pistolen

Quelle: Center for Defense Studies
 Grafik & Recherche: frei nach G & D Geberwold und Dneir Consultants, Freiburg/Germany

Der Export von Waffen - auch von Kleinwaffen - ist in Deutschland genehmigungspflichtig. Die gesetzliche Grundlage für Rüstungsexporte sind das Kriegswaffenkontrollgesetz und das vergleichsweise weniger strikte Außenwirtschaftsgesetz. Verantwortlich für die Umsetzung der dort verankerten Kontrollbestimmungen sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und, als dem Ministerium nachgeordnete Behörde, das Bundesausfuhramt (BAFA). Eine Ausfuhrliste nennt Kleinwaffen wie Gewehre, Revolver, Maschinenpistolen oder Maschinengewehre, aber auch größere Waffen und Munition - sämtliche Kleinwaffen und Munition auf dieser Liste sind genehmigungspflichtig. Das Bundesausfuhramt bearbeitet Anträge der deutschen Industrie zum Export von Waffen. Es prüft die Genehmigungspflicht und erteilt die Ausfuhrerlaubnis. Die politische Kontrollinstanz für Exportanträge von besonderer Bedeutung ist der Bundessicherheitsrat, der geheim tagt.

Transparenz für Rüstungsexporte

In Deutschland gelten seit 2000 strengere Rüstungsexportrichtlinien. Sie sind Grundlage für die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates.

- Als wichtiges Kriterium für Exportgenehmigungen gilt die Menschenrechtssituation im Empfängerland. Wenn ein hinreichender Verdacht besteht, dass die Waffen zur internen Unterdrückung oder zu fortdauernden, systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden könnten, darf die Ausfuhr nicht genehmigt werden. Neu ist auch, dass zur Beurteilung neben offiziellen Berichten die Informationen von Menschenrechtsorganisationen herangezogen werden.
- Ein jährlicher Rüstungsexportbericht dokumentiert gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit die Umsetzung dieser Richtlinien. Er führt die erteilten Exportgenehmigungen auf und soll so Waffengeschäfte transparenter machen. Noch immer fehlen jedoch Details beispielsweise zu Art und Umfang der geplanten Lieferungen und zum Verwendungszweck. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), ein Zusammenschluss von Hilfsorganisationen, gibt deshalb jährlich einen eigenen, kritischen Rüstungsexportbericht heraus.
- Ebenfalls erneuert worden sind die Richtlinien zur Endverbleibskontrolle. Für jede Waffenausfuhr müssen amtliche Endverbleibserklärungen des Empfängerlandes abgegeben werden. Der Weiterexport an Drittstaaten ist nur mit schriftlichem Einverständnis der Bundesregierung gestattet. Länder, die unerlaubt Waffen weitergeben, werden von weiteren Lieferungen ausgeschlossen.
- Außerdem soll vor dem Export nicht nur ermittelt werden, ob die Empfängerländer bereits in Konflikte verwickelt sind oder bewaffnete Auseinandersetzungen drohen. Nach den neuen Richtlinien wird auch geprüft, ob die nachhaltige Entwicklung der Länder durch unverhältnismäßig hohe Rüstungsausgaben beeinträchtigt wird.

Weltweite Initiativen gegen Kleinwaffen

Der Blick auf den unübersichtlichen und für viele Beteiligte sehr lukrativen Kleinwaffen-Markt zeigt: Ein klassisches Verbot allein, wie es beispielsweise gegen Landminen im Jahr 1997 mit dem Ottawa-Vertrag in Kraft trat, wird dem Problem der Kleinwaffen nicht gerecht. Kleinwaffen werden sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt, was die Problematik wesentlich komplexer macht. Es gibt keinen einfachen Weg, um die Kleinwaffen-Plage in den Griff zu bekommen. Angesichts der Millionen bereits vorhandener Kleinwaffen und nicht endendem Nachschub an modernen Waffen und Munition wird es Jahre dauern, bis neue Kontrollmechanismen greifen.

Aber gerade weil immer mehr Menschen durch Kleinwaffen sterben, muss schnell gehandelt werden. Um den internationalen Handel mit Kleinwaffen stärker zu kontrollieren, sind dringend schärfere nationale Gesetze und eine bessere Abstimmung auf internationaler Ebene nötig. Bis heute gibt es zudem nur unzureichende Bemühungen, nach dem Ende von Kampfhandlungen die überschüssigen Waffenbestände in den Händen von Streitkräften und Milizen wieder einzusammeln. In vielen Entwicklungsländern fehlen die politische Durchsetzungskraft, Geld und Fachleute, um Demobilisierungs- und Abrüstungskampagnen durchzuführen. So trägt heute im Irak der weit gestreute und unkontrollierte Besitz von Kleinwaffen entscheidend zur andauernden Unsicherheit bei. Wer die Flut der Kleinwaffen wirkungsvoll eindämmen will, muss jedoch auch die Ursachen für die Nachfrage bekämpfen und Gewalt als Mittel zur Lösung von Konflikten verhindern. Hier eine Auswahl bereits bestehender, wichtiger Initiativen:

Aktivitäten der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen, bei ihren Missionen selbst immer wieder mit der verheerenden Wirkung von Kleinwaffen konfrontiert, setzten das Thema Kleinwaffen im Juli 2001 mit der ersten UN-Kleinwaffenkonferenz auf die politische Agenda. Die UN-Generalversammlung hat mehrfach zum Kampf gegen den illegalen Handel mit Kleinwaffen und ihren Einsatz aufgerufen. Eine Gruppe von Regierungsexperten hat Empfehlungen ausgearbeitet, die zur Reduzierung der existierenden Bestände beitragen und ein weiteres Ansteigen der Waffenflut verhindern sollen. Innerhalb der UN koordiniert der Arbeitskreis CASA (Co-ordinating Action on Small Arms) die Aktivitäten gegen Kleinwaffen.

Konvention der Organisation Amerikanischer Staaten

Die Mitgliedsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) haben eine Konvention verabschiedet, die die Staaten zu schärferen Grenzkontrollen, zur Kennzeichnung von Waffen sowie zum Informationsaustausch über Waffenproduzenten und -händler auffordert.

Mali Moratorium

Die Wirtschaftsgemeinschaft amerikanischer Staaten (ECOWAS) hat auf Initiative Malis einen Stopp von Produktion, Import und Export von Kleinwaffen in der Region vereinbart. Das wegweisende Moratorium soll dem Ausbruch von Konflikten in der Region vorbeugen und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Westafrikas voranbringen.

EU-Verhaltenskodex zu Waffenexporten (Code of Conduct on Arms Exports)

Die Europäische Union hat ein Programm gegen illegalen Waffenhandel verabschiedet, den EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte. Er nennt folgende Kriterien, die bei der Genehmigung von Waffenausfuhren zu berücksichtigen sind: Einhaltung internationaler Verpflichtungen der EU-Staaten, Achtung der Menschenrechte und innere Lage im Empfängerland sowie Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region, nationale Sicherheit der EU und befreundeter Staaten, Verhalten des Empfängerlandes gegenüber der internationalen Gemeinschaft und der Achtung des Völkerrechts, Risiko der Re-Exporte und die Entwicklungsverträglichkeit von Rüstungsimporten. Die EU will zudem, zum Beispiel mit der Forderung nach Waffenregistern in den Staaten, den Markt transparenter machen. Auch sollen Mittel zur Einsammlung und Vernichtung von Kleinwaffen in Krisenregionen zur Verfügung gestellt werden. Der Verhaltenskodex ist für die EU-Staaten nicht bindend. Experten werten jedoch vor allem die Ansätze als wegweisend, Waffen nicht mehr an Staaten zu liefern, die in Konflikte verwickelt sind oder die Menschenrechte im eigenen Land verletzen.

Code of Conduct der Nobelpreisträger

Mehrere Nobelpreisträger haben gemeinsam einen Internationalen Code of Conduct zu Waffentransfers verabschiedet. Er setzt sich für ein Verbot von Lieferungen an Staaten ein, die international anerkannte Menschenrechte verletzt haben.

Kleinwaffendokument der OSZE

Einen wichtigen Schritt markieren die im Jahr 2000 verabschiedeten Selbstverpflichtungen der OSZE-Staaten (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Sie enthalten konkrete Verpflichtungen zum Informationsaustausch zwischen den beteiligten Staaten - beispielsweise über Kleinwaffenim- und exporte sowie über Techniken der Kleinwaffenmarkierung, der Lagerung und der Zerstörung überzähliger Kleinwaffen.

International Action Network on Small Arms (IANSA)

Zum internationalen Aktionsnetz gegen Kleinwaffen haben sich mittlerweile 500 Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen. IANSA macht öffentlich auf die Bedrohung durch Kleinwaffen aufmerksam, vertritt bei nationalen und regionalen Verhandlungen über Kleinwaffen die Position der Opfer und fördert die Zusammenarbeit der Mitgliedsorganisationen.

Der Kleinwaffen-Aktionsplan der Vereinten Nationen

Im Jahr 2001 haben die Vereinten Nationen die erste Konferenz zum Thema Kleinwaffen in New York organisiert. Dem dort verabschiedeten, völkerrechtlich unverbindlichen Aktionsplan fehlen jedoch wichtige Aspekte wie der zivile Erwerb und Besitz von Kleinwaffen. Eine erste Überprüfungskonferenz im Jahr 2003 ergab zudem erhebliche Defizite in der Umsetzung. So legten nur 65 Staaten dem UN-Generalsekretär überhaupt den vereinbarten Bericht über nationale Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans vor. Lediglich 19 Staaten hatten ihre nationalen Rüstungsexportbestimmungen wie verabredet auf Lücken überprüft und verschärft.

Um die Kontrolle der Kleinwaffenflut erfolgreich zu verschärfen, bleibt noch viel zu tun. Auch die Bundesregierung ist in der Pflicht, der begonnenen Vernichtung eigener, ausrangierter Kleinwaffen weitere Schritte folgen zu lassen. Kleinwaffenexporte in Konfliktregionen müssen wirksamer verhindert werden – ganz gleich, ob diese Waffen in Deutschland selbst oder mit deutscher Lizenz im Ausland produziert wurden. Ziel bleibt es weiterhin, rechtlich verbindliche Instrumente für die Markierung von Waffen („Marking and Tracing“) sowie für Vermittlungsgeschäfte („Brokering“) zu erreichen. Auch Munition ist strikt zu kontrollieren - schließlich macht erst sie Schusswaffen so gefährlich. Bis heute lehnen allerdings wichtige Waffenlieferanten wie China oder Russland weitergehende Beschränkungen des Waffenexports ab. Besonders die USA weisen Regelungen zur Einschränkung des privaten Waffenbesitzes zurück.

Das fordert UNICEF:

- Kleinwaffenproduktion und -handel müssen strenger kontrolliert werden. Dafür müssen Waffen gekennzeichnet und registriert, die Gesetze über Exporte von Waffen und Munition verschärft werden.
- Private Waffenhändler müssen erfasst und dazu verpflichtet werden, ihre Geschäfte offen zu legen.
- Bei der UN-Konferenz zum illegalen Handel mit Kleinwaffen 2006 soll sich die Bundesrepublik für ein völkerrechtlich verbindliches, internationales Abkommen einsetzen, um die weltweite Flut der Kleinwaffen einzudämmen.
- Überschüssige Waffen müssen weltweit eingesammelt und vernichtet werden. Die Bundeswehr soll keine eigenen ausrangierten Kleinwaffen und Kleinwaffenmunition mehr weitergeben, sondern sie unter unabhängiger Beobachtung verschrotten. Der Plan, bis zum Jahr 2007 über 400.000 Sturmgewehre des Typs G3 zu vernichten, muss weiter konsequent umgesetzt werden.
- Die Bundesregierung soll verstärkt Programme zur Entwaffnung und Wiedereingliederung von Soldaten, speziell ehemaliger Kindersoldaten fördern. Dazu gehören auch psychosoziale Betreuung, Schule, Ausbildung sowie Hilfe zur Existenzgründung.

UNICEF-Arbeit für Kinder in Konfliktgebieten – drei Beispiele

- In Ländern wie Afghanistan, Kongo, Ruanda oder Kolumbien hilft UNICEF bei der Demobilisierung und Wiedereingliederung von Kindersoldaten. In Sierra Leone wurden mehr als 7.000 ehemalige Kindersoldaten auf ihrem Weg zurück in ein ziviles Leben begleitet.
- In der Nordkaukasus-Region schult UNICEF Lehrer, Sozialarbeiter und Erzieher darin, in den Kindern wieder Toleranz und Verständnis für andere zu wecken und ihnen zu helfen, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. In Somalia engagieren Jugendliche selbst sich in ihren Dörfern gegen Gewalt.
- Im Kosovo unterstützt UNICEF Aufklärungsprogramme über Kleinwaffen. So entwickelte beispielsweise ein Jugendrat Arbeitsmaterialien, mit denen von UNICEF geschulte Jugendliche und ihre Altersgenossen das Kleinwaffenproblem und Lösungsmöglichkeiten diskutieren können.

Weiterführende Informationen:

- Auswärtiges Amt: www.auswaertiges-amt.de unter “Außenpolitik - Kleinwaffen”
- Bonn International Center for Conversion (BICC): www.bicc.de
- Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen: www.rib-ev.de/daks/
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE): www.gkke.org
- International Action Network on Small Arms (IANSA): www.iansa.org

UNICEF Anzeige gegen Kleinwaffen

Stoppt Kleinwaffen



©The Non-Violence Project (www.non-violence.org)

Waffen gibt es an jeder Ecke. Weil in Krisengebieten immer mehr Waffen landen, die kinderleicht zu bedienen sind, werden immer mehr Kinder als Soldaten eingesetzt. Sie müssen töten, sonst werden sie getötet. UNICEF kämpft gegen den illegalen Waffenhandel und hilft kriegstraumatisierten Kindern. Helfen Sie UNICEF dabei. Spendenkonto 300 000 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00. www.unicef.de

unicef 